

März 2005

pro + kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Haushaltsdefizit übersteigt erstmals die Einnahmeseite:

Rien ne va plus - Nichts geht mehr!

Diese Woche hat sich der Stadtrat mit dem Haushaltsetat für 2005 beschäftigt. Ein Trauerspiel. Denn im Grunde ist es für die Stadtkasse zapenduster. Nichts geht mehr.

Der Stadtrat hat keinerlei Gestaltungsmöglichkeiten. Automatisch führt jede neue Ausgabe zu einer weiteren Erhöhung des Defizits, dessen aufgelaufene Summe zum Jahresende bei 24,8 Millionen Euro liegen wird. Damit ist das städtische Manko um 3,7 Millionen Euro höher als die Einnahmen der Verwaltungshaushaltes. Zum ersten Mal übersteigt damit unser Defizit die Einnahmeseite.

Der Vermögenshaushalt, der in seinen Einnahmen und Ausgaben mit einem

Ansatz von 2,39 Millionen Euro mehr als mickrig ist, kann nur ausgeglichen werden, weil Rücklagen in Anspruch genommen und Kredite in Höhe von 200.000 Euro aufgenommen werden.

Kein Wunder, dass in 2005 nur 300.000 Euro für Straßen- und Gehweginstandsetzung vorgesehen sind. Und das auch nur, weil etwa Zweidrittel dieser Summe von den Bürgern als Straßenausbaubeiträge aufgebracht werden müssen.

Ganz klar, dass die DKP einem solchen Haushalt der Schuldscheinverwaltung keine Zustimmung geben konnte. Das wäre verantwortungslos und würde den Kaputtmachern in Bund und Land nur Wasser auf ihre Mühlen leiten. Mehr dazu auf den Innenseiten.

Über Geschichte, die ein Püttlinger Bürger mitgestaltet hat:

Jakob Scharl wäre jetzt 100 geworden



Über 120 Jugendliche nahmen im April 1979 an einer Protestaktion teil, die sich gegen die ungerechtfertigte vorübergehende Schließung des Jugendzentrums richtete. Nur die DKP solidarisierte sich mit den jungen Leuten. Dabei auch der Kommunist Jakob Scharl (Bildmitte, mit Schild), dessen Leben im Mittelpunkt einer geschichtsträchtigen Veranstaltung steht, die am 20. März in Uhrmachers Haus stattfindet. Auf Seite 8 mehr dazu.



Heinz Stehr (li.) wurde Mitte Februar auf dem 17. Parteitag der DKP erneut als Vorsitzender gewählt. Jetzt war er in Püttlingen und nahm an einem Gespräch mit der DKP-Stadtratsfraktion teil. Auf Seite 6 berichten wir darüber.

Antrag der DKP-Fraktion:

Höherer Gewerbesteuerhebesatz

Anfang 2001 wurde die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes beschlossen. Das Land zahlte zum Ausgleich dafür Zuschüsse an die Stadt. Inzwischen wurden aber die dafür eingeplanten Mittel gestrichen, wodurch für die Stadtkasse ein Ausfall von 110.000 Euro zur Debatte steht. Das kann nicht hingenommen werden. Deshalb beantragte die DKP, den früheren Hebesatz von 425 Prozent wieder einzuführen. Eine Mehrheit von CDU, SPD und DKP hat im Hauptausschuss ihre Zustimmung gegeben.

Mehr als 80 Prozent der Gewerbetreibenden werden durch die Rückführung des Hebesatzes auf den früheren Stand keine Nachteile zu befürchten haben, weil sie unter der Freigrenze bleiben. Für ein Großteil der saarländischen Unternehmen ist die Gewerbesteuer kein besonders relevanter Kostenfaktor.

Verfassungsvater Jo Leinen spielt eine undurchsichtige Rolle:

Europa-Verfassung enthält viel Zündstoff

Unlängst wurde der SPD-Politiker Jo Leinen als einer der „Verfassungsväter“ für die Europäische Verfassung im *Öffentlichen Anzeiger* groß gewürdigt.

In einem zweispaltigen Beitrag war berichtet worden, dass der Köllerbacher Europa-Abgeordnete als Präsident des Verfassungsausschusses im Europäischen Parlament die Beratungen über dieses „Grundgesetz für Europa“ geleitet habe. Er habe federführend dazu beigetragen, dass dieses 350 Artikel umfassende Gesetzeswerk, von dem 450 Millionen Menschen in 25 Ländern Europas betroffen sind, voraussichtlich am 1. November 2006 in Kraft treten könne.

Jo Leinen, der den Verfassungsausschuss als Ideen- und Impulsgeber, als Motor für die Verfassung sieht, ist der Überzeugung, dass sich Europa „durch die Einheit in seiner Vielfalt“ auszeichnen wird. Dazu werde auch die Verfassung wesentlich beitragen.

Was in dieser Verfassung überhaupt enthalten ist, war in dem besagten Ar-

tikel nicht nachzulesen. (Übrigens wissen die meisten Bürger unseres Landes so gut wie nichts darüber!) Eins konnte man allerdings aus dem Anzeiger erfahren: „Anders als im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland fehlt der Gottesbezug (GG: ‚In Verantwortung vor Gott und den Menschen‘). Doch auf das religiöse Erbe wird ausdrücklich Bezug genommen“.

Da wissen wir’s. Nicht erwähnt wird die Tatsache, dass viele andere Dinge in dieser Europaverfassung festgeschrieben sind, welche glücklicher Weise nicht im bundesdeutschen Grundgesetz stehen, uns aber jetzt über den Umweg Europa übergestülpt werden sollen. Deswegen gibt es ja so viele Leute, darunter auch die Kommunisten, die diese Verfassung entschieden ablehnen.

Für uns als Friedensfreunde ist diese Europa-Verfassung unannehmbar:

* Weil sie vorsieht, dass neu aufzubauende EU-Streitkräfte zu weltweiten Kampfeinsätzen entsandt werden können.

* Weil darin von allen Mitgliedsstaaten verlangt wird, ihre „militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, Aufrüstung würde so zur Verfassungspflicht.

* Weil eine Rüstungsagentur („Agentur für Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit, Forschung, Beschaffung und Rüstung“) vorgesehen ist.

Die EU will gleichberechtigte Weltmacht neben den USA werden, mit dem „Recht“ auf militärische Erstschläge und allem pi-pa-po. Der gegenwärtige Umbau der Bundeswehr greift der neuen Verfassung vor und soll einen deutschen Führungsanspruch in der EU untermauern.

Leider konnten wir das bisher in der regionalen Presse nicht lesen. Und Jo Leinen schweigt sich dazu aus. Warum wohl?

Es ist kaum anzunehmen, dass Leinen die genannten Punkte nicht kennt. Also sagt er uns nicht alles, weil er sich mit diesen Paragrafen identifiziert. Wenn dem so ist, dann sollte er künftig die Maske des lebenswürdigen Friedensengels ablegen. Diese Rolle ist nicht mehr glaubhaft.

Regierung ist sauer auf das Volk, weil dieses die beknackte Sparpolitik der CDU mehrheitlich ablehnt

Landesweite Demonstration mit mehr als 10.000 Teilnehmern, darunter Eltern, Schüler und Lehrer; unzählige örtliche Schulaktionen und mehr als 30.000 Unterschriften für ein Volksbegehren - das alles stört die CDU einen Dreck, sie will ihre Pläne auf Biegen und Brechen durchsetzen!

Es ist widerwärtig, wie die Landesregierung mit Wählern und protestierenden Bürgern umgeht. Vor den Landtagswahlen hatte Schreier ausdrücklich erklärt, dass keine Schulschließungen geplant seien. Nur wenige Wochen später packte er seine Kahlschlagpläne aus der Schublade auf den Tisch. Das ist Lug und Betrug.

Trotzig erklärt die Landesregierung, dass sie ihre Pläne **auch gegen den Willen der Mehrheit** der Bevölkerung durchziehen will (SZ vom 5.2.05). Statt sich endlich an den von der Bürgerinitiative geforderten „runden Tisch“ zu setzen, beschimpft sie die besorgten Bürger und will nur mit denen reden, die ihren Plänen zustimmen. Das ist die eiskalte Arroganz der Macht.

CDU-Fraktionschef Peter Hans betonte gar: ‚Hätte man immer auf das Volk gehört, gäbe es keine Bundeswehr, keine Nato-Nachrüstung und keine Hartz-IV-Reform‘. Da wäre uns zwar viel erspart geblieben, das stört die Union aber nicht.

Obwohl ‚Demokratie‘ mit ‚Herrschaft des Volkes‘ zu übersetzen ist, will die CDU davon nichts wissen. Am liebsten würden sie sich ein anderes Volk auswählen. Das geht jedoch nicht. Allerdings vergessen diese Leute, dass der umgekehrte Weg möglich ist. CDU abwählen?!



Kommt zahlreich zum Ostermarsch 2005

60 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges geht es um Protest gegen die in der EU-Verfassung vorgesehene Verpflichtung zur Aufrüstung, gegen die Verschleuderung von 150 Milliarden Euro für neue Rüstungsprogramme, für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in Europa.

Der Ostermarsch Saar findet in Saarbrücken statt:

**Ostersamstag, 26. März 2005
11.00 Uhr ab Johanniskirche**

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Ministerpräsident Peter Müller verspricht: „Fortsetzung folgt“

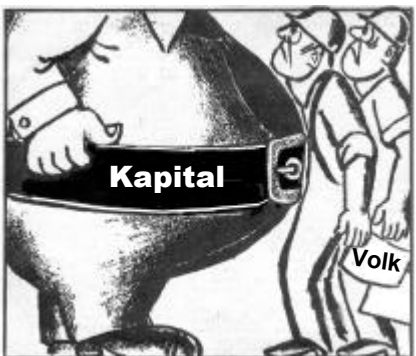
Schlagzeilen aus dem „Aufsteigerland“ zeigen die Realitäten

Noch vor Monaten war er der „Ministerpräsident des Jahres“. Jetzt glaubt kaum noch jemand an diese Schönfärberei, denn der viel gelobte Strahlemann aus „Ebbelborre“ wird immer mehr zur tragischen Figur. Vor der letzten Landtagswahl warben Peter Müller und seine CDU mit dem Slogan „Fortsetzung folgt“ für die Weiterführung ihrer Politik, nun vergeht kaum eine Woche, ohne dass fortgesetzt neue Hiobsbotschaften die Runde machen.

Abbau in allen Bereichen ist angesagt. Immer auffälliger kommt der Pleitegeier hinter der Fassade der von der CDU betriebenen Politik hervor. Nichts ist diesen Leuten mehr heilig.

So bejammert man zwar lautstark den demografischen Faktor, weil die Geburtenzahlen rückläufig sind, trotzdem wird nichts dagegen unternommen. Obwohl die Geburtenrate im Saarland statistisch bei gerade mal 1,2 Kindern pro 1.000 Frauen zwischen 15 und 44 Jahren liegt und damit im Bundesvergleich den letzten Platz einnimmt, wird auch im Familienbereich rigoros gespart. Konkret: Im Landeshaushalt werden die Mittel für die Familienpolitik (z.B. Familienferien- und Familienbildungsmaßnahmen) um fast zwei Drittel gekürzt.

Eine erfreuliche Entwicklung bei den Kinderzahlen gibt beispielsweise in Frankreich und Dänemark. Untersuchungen haben ergeben, dass in diesen Ländern besonders stark die Bereiche Vorschulerziehung, Schul- und Lehrerbildung, Frauen und Familien geför-



Wenn das Kapital zu gefräßig ist, bleibt für das Volk nicht viel übrig!



dert werden. Bei uns macht man des Gegenteil. Kein Wunder, dass verantwortungsbewußte Frauen sich ange-

sichts sozialer Unsicherheit kaum noch für Kinder entscheiden können. Die Regierung versagt in dieser Frage.

Schulschließungen ein extra trübes Kapitel

Schon seit Wochen hagelt es Proteste gegen die beabsichtigte Schließung von nahezu hundert Grundschulen. Dabei wird auch öfter der Slogan „Kurze Wege für kurze Beine“ zitiert. Damit ist gemeint, dass jüngere Kinder am besten dort lernen, wo sie auch leben, wo Unterricht und Alltagserfahrung miteinander verbunden sind. Dieses weithin anerkannte Prinzip wird aber von der CDU zu Grabe getragen.

Verloren geht damit in vielen Gemeinden auch die Kooperation mit örtlichen Kindergärten und Horten, die für die Entwicklung vieler Kinder wichtig ist. Verloren geht ein Stück Stadtteil- oder Ortskultur, denn Schulgebäude werden oft auch von Vereinen, für Kurse, als Veranstaltungs- und Begegnungsstätten genutzt.

Besonders fragwürdig ist, dass Schreiber sein Schließungskonzept als „Qualitätssicherungsmaßnahme“ vermarktet. Bestand haben sollen nur noch solche Grundschulen, die in allen Jahrgangsstufen mindestens zwei parallele Klassen haben (sog. Zweizügigkeit). Das sei

wichtig, um starke wie schwächere Schüler besser zu fördern. Vor zwei Jahren hatte das Kultusministerium bereits den Klassenteiler für Grundschulen von 25 auf 28 Schüler heraufgesetzt. Das bedeutet, dass eine Klasse erst dann in 2 aufgeteilt wird, wenn sie mehr als 28 Schüler hat. Schreiber will uns weiß machen, dass mehr herauskommt, wenn weniger Lehrer mehr Kinder unterrichten müssen. Das ist Tonnenideologie in Reinkultur.

Wirtschaftsprofessor Jarass erklärte zu Schreiers Plänen, man müsse die Frage stellen: Wollen wir beknackt oder intelligent sparen? Alle nicht zweizügigen Schulen zu schließen und dann Geld in die Nachmittagsbetreuung zu stecken, sei etwa so, wie wenn man ein großes Loch in eine Wassertonne schlage und dann laufend die Tonne aus der Leitung nachfülle.

Lesen Sie dazu unseren Kommentar auf der Seite nebenan: „Regierung ist sauer auf das Volk, weil dieses die beknackte Sparpolitik der CDU mehrheitlich ablehnt“.

Leere Kassen bei Bund, Ländern und Gemeinden sind nicht vom Himmel gefallen:

Wer dem Kapital nichts holt, kann den Kommunen nichts geben

Am 2. März wurde im Stadtrat der Haushalt für das Jahr 2005 verabschiedet. Die DKP nutzte die Gelegenheit, um sich grundsätzlich mit den gegebenen Rahmenbedingungen auseinander zu setzen. Dabei zitierte Franz Hertel zunächst etliche Zahlen, um auf eine Situation hinzuweisen, die nicht zuletzt auch ihre Auswirkungen auf die Kommunalpolitik hat.

Am 8. Februar d.J. war in der Saarbrücker Zeitung nachzulesen, dass sich die Deutsche Bank über einen Börsenwert von 36 Milliarden Euro und eine Kapitalrendite von 16,7 Prozent freuen könne. Sie erzielte im vergangenen Jahr eine Gewinnsteigerung um stolze 87 Prozent auf 2,5 Milliarden Euro. Die Führung dieser Aktiengesellschaft ist dennoch unzufrieden, deshalb sollen weitere 6.400 Stellen abgebaut werden. Der Profit müsse steigen, sagte Bankchef Ackermann dazu.

Bosse kriegen Hals nicht voll

Die Deutsche Bank ist kein Einzelfall, dabei lassen wir die ausländischen Firmen einmal außer Betracht. Allein 30 Konzerne, die im Deutschen Aktienindex (Dax) notiert sind, haben in 2004 ihre Gewinne um bis zu 60 Prozent gesteigert. So konnte der Energie-Konzern RWE seinen Ertrag verdoppeln, während gleichzeitig die Beschäftigtenzahl um ein Fünftel reduziert wurde.

Trotz Superprofiten jammern die Konzernbosse und Vertreter der Unternehmerverbände. Sie fordern lautstark, die Unternehmenssteuern weiter zu senken und zu vereinfachen. Dabei ist den Unternehmern auch die Gewerbesteuer ein Dorn im Auge, deren völliger Wegfall ihnen am liebsten wäre. Gerade dieser Tage bedauerten IHK und Unternehmerverbände, dass bereits 31 Saarkommunen ihre Gewerbesteuerhebesätze für das laufende Jahr heraufgesetzt haben. Doch die Kommunen haben Recht, wenn sie diese Möglichkeiten nutzen, es ist ja die einzige Steuer, auf die sie unmittelbar Einfluss haben.

Ein niedriges Steuerland

Schon seit Jahren streiten Experten über die Steuerpolitik in Deutschland. Während die einen behaupten, die Steuersätze für Kapitalgesellschaften seien EU-weit am höchsten, weisen andere nach, dass sich die Bundesrepublik als Steuerland mit anderen messen kann. Selbst die US-Konzerne haben es in

Sachen staatlicher Abgaben nicht besser als die Deutschen.

Wie Finanzexperte Lorenz Jarass erst kürzlich feststellte, ist die gesamte tatsächliche Steuerbelastung auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen in Deutschland nach EU-Angaben mit gut 20 Prozent am niedrigsten. In den alten EU-Ländern liegt sie bei rund 30 Prozent.

Es ist wichtig, dies zur Kenntnis zu nehmen, denn jede weitere Steuerreform geht letztlich auch zu Lasten der Kommunen.

Wenn Städte und Gemeinden heute am finanziellen Abgrund stehen und keine Perspektive mehr sehen, dann ist das kein Zufall. Die „leeren Kassen“ bei Bund, Ländern und Gemeinden sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die von 2001 bis 2004 zu einem Steuerausfall von über 101 Milliarden Euro geführt hat.

Steuerausfälle treffen auch die Kommunen

Allein die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent bedeutet pro Jahr einen Steuerausfall von 12 bis 14 Milliarden Euro gegenüber dem frü-

heren Höchstsatz. Der Einkommensmillionär zahlt heute jährlich über 100.000 Euro weniger Steuern als 1998. Aber kein einziger Arbeitsplatz wird dadurch geschaffen, stattdessen werden durch die staatlichen Minder-einnahmen viele vernichtet.

Dazu kommt die lahrende Konjunktur. Der Exportweltmeister Deutschland ist auf dem Binnenmarkt außerordentlich schwach. Die Nachfrage fehlt. Anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit und Sparpolitik der Regierung drosseln die Binnennachfrage weiter.

Weil all' das seine Rückwirkungen auf die Kommunen hat, unterstützt die DKP jene Kräfte, die sich für eine politische Kehrtwende aussprechen. Dazu gehören z.B. auch öffentliche Beschäftigungsprogramme, wie sie von der Gewerkschaft ver.di verlangt werden. Auch wir sind der Meinung, dass die Reichen wieder stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden müssen. Das gilt um so mehr, als gerade einmal ein halbes Prozent der Bundesbürger über 25 Prozent des Geldvermögens verfügt.

Der CDU-Kollege Hubertus hatte im Hauptausschuss die Frage aufgeworfen, wie wir aus der Finanznot der Kommunen herauskommen könnten. Dazu Franz Hertel im Stadtrat: Natürlich werden wir in Püttlingen dafür keine Lösung finden. Dennoch kommen



BM Speicher mit dem Pleitegeier, der inzwischen zum ständigen Begleiter der Stadt geworden ist

wir nicht daran vorbei, uns über die Zukunft der Republik ernsthaft Gedanken zu machen.

Wir meinen: Wenn es einen Ausweg aus der Misere geben soll, dann muss mit einer Umkehr in der Politik begonnen werden. Deshalb fordert die DKP die sofortige Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Heraufsetzung der Erbschaftssteuer für Großverdiener, Mindeststeuer für Unternehmensgewinne. Die Unternehmenssteuerreform brachte es mit sich, dass heute die Raucher über die Tabaksteuer weit mehr zur Finanzierung des Staates beitragen als alle Konzerne und kleineren Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) zusammen. Dabei kann es nicht bleiben. Wir wenden uns aber auch ausdrücklich gegen die Beschaffung neuer Waffensysteme für die Bundeswehr. Allein der Verzicht darauf würde rund 31 Milliarden Euro sparen helfen.

Das Geld anders aufteilen

Ob es den übrigen Ratskollegen passt oder nicht: Wir können in den Kommunen nur Geld ausgeben, das bei Bund und Ländern eingespart und von den Großkonzernen kassiert wird. Deshalb müssen wir für eine Umverteilung des Finanzaufkommens zu Gunsten der Städte und Gemeinden eintreten.

Das Defizit der Stadt Püttlingen ist kein Ausgabenproblem. Hier wurden durch Sparmaßnahmen schon so viele Abstriche gemacht, dass es kaum noch Bereiche gibt, wo man Ausgaben reduzieren könnte, ohne dem gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt unheilbare Schäden zuzufügen.

Es wird eher noch schlechter

In diesem Zusammenhang wies der DKP-Fraktionsvorsitzende darauf hin, dass der Stadtrat praktisch keine Gestaltungsmöglichkeit mehr habe (Siehe Bericht auf der Titelseite). Die Lage werde immer aussichtsloser und die Verwaltung wisse nicht, wie es weitergehen soll. Eher werde es noch schlechter als bisher. Darauf verweise auch das Ansteigen der Stadtverbandsumlage, was zu einer zusätzlichen Belastung der Stadt führt.

Interessant ist, dass allein durch die „Arbeitsmarktreform Hartz IV“ eine Mehrbelastung von 13,5 Millionen Euro in diesem Jahr erwartet wird. So



Obiges Foto entstand beim Früh-Links-Fest 2004. Auch dieses Jahr wird die DKP wieder ein FRÜH-LINKS-FEST an der Fischerhütte durchführen. Und zwar am 21. Mai ab 14.00 Uhr. Am besten jetzt schon vormerken, denn auch diesmal ist ein tolles Programm geplant. Natürlich darf dabei eine Tombola nicht fehlen, gutes Essen und Trinken gibt's sowieso.

wie es aussieht, muss auch in den Folgejahren mit einer Unterdeckung in dieser Höhe gerechnet werden, was zur Folge hätte, dass Püttlingen mit jährlich 6 bis 700.000 Euro mehr belastet wird. Kritiker von Hartz IV, die vor solchen Folgen rechtzeitig gewarnt haben und deshalb mitleidig belächelt wurden, werden jetzt leider in ihrer Haltung bestätigt.

Mit den Personalausgaben in Höhe von 5,63 Millionen Euro stagnieren wir praktisch auf dem Stand von 1996, was eigentlich skandalös ist, weil wir nicht in der Lage sind, den Stellenplan voll auszureizen. Auch das zeigt, wie tief wir als Stadt gesunken sind.

Leider bleiben viele Aufgaben auf der Strecke, weil der Haushalt 2005 nicht mehr hergibt. Desto weniger können wir verstehen, dass im Haushaltsentwurf eigens eine Haushaltsstelle „Stadtmarketingprozess“ ausgewiesen wird, die mit 80.000 Euro dotiert ist, wovon Dreiviertel der Summe vom Land bezuschusst werden.

Bislang waren zu diesem Punkt keine Einzelheiten bekannt. Auch der Hinweis in der Vorlage, dass damit Maßnahmen der Stadt zur Einleitung eines Marketingprozesses durchgeführt werden sollen, die „von Strukturuntersuchungen bis hin zur Umsetzung konkreter Projekte unter Beteiligung aller gesellschaftlich relevanter Gruppen

reichen“, macht uns nicht viel schlauer. Das ist alles noch sehr vage und wir vermögen nicht daran zu glauben, dass irgendwelche Gutachten uns aus der Klemme helfen. Leerstehende Geschäfte und fehlende Kaufkraft werden dadurch wohl kaum kompensiert werden können.

DKP äußert ihre Bedenken

Kritisch stehen wir den Positionen Cart-Cup-Rennen und Sommerbiathlon gegenüber, wobei allein für das Letztere 20.000 Euro an Ausgaben eingeplant sind, ohne die Verrechnungskosten für Leistungen des Bauhofes, die mit 10.000 Euro angesetzt sind.

Während die Stadt die „Reduzierung des städtischen Engagements bei Kirrnes und Stadtfesten sowie Abwälzung der Kosten auf Verkehrsverein und andere Veranstalter“ betreibt und „keine städtische Beteiligung mehr bei der Durchführung von Stadtmeisterschaften in verschiedenen Sportarten“ realisiert, will sich die Verwaltung in besonderem Maße für das Sommerbiathlon engagieren und erhebliche Teile des Personals dort einsetzen. Wir haben da unsere Bedenken.

Soweit zu den Ausführungen im Stadtrat, die wohl klarmachen, dass die DKP diesem Haushalt nicht zustimmen konnte und auch zum Stellenplan Nein sagen musste.

Sieben Saarländer vertraten ihre Genossen auf dem 17. Parteitag der DKP:

Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau im Mittelpunkt

167 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands trafen sich am 12. und 13. Februar in Duisburg zum 17. Parteitag der DKP. Unter den sieben saarländischen Vertretern befand sich der Püttlinger DKP-Fraktionsvorsitzende, der von seiner Kreisorganisation zu diesem wichtigen Treffen delegiert worden war. Anspruch des Kongresses war es, ausgehend von einer realen Lageeinschätzung die nächsten Aufgaben der DKP zu bestimmen und die Weichen für die Fertigstellung eines neuen Parteiprogramms zu stellen.

Was die Einschätzung der politischen Lage angeht, hatte der Parteivorsitzende in einem einstündigen Referat die Grundlage für eine lebendige Diskussion gegeben. Heinz Stehr ging dabei auf die internationale Lage ein, wobei er interessante Zahlen nannte:

„Auf der Erde leben ca. 6,4 Milliarden Menschen. Jedes Jahr wächst die Weltbevölkerung um 82 Millionen. Rund 98 Prozent dieser Menschen leben in den Ländern der so genannten Dritten Welt. 815 Millionen Menschen leiden Hunger. 1,2 Milliarden Menschen leben in äußerster Armut. Die Einnahmen der reichsten Länder übersteigen 74 Mal die der Ärmsten.

Auf die reichsten 20 Prozent der Weltbevölkerung in den entwickelten Ländern entfallen 86 Prozent der weltweiten Ausgaben für Güter und Konsumtion. Sie verbrauchen 58 Prozent des gesamten Energieaufkommens. Die Trinkwasserquellen versiegen. Millio-

nen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Gleichzeitig werden riesige Waldflächen gerodet. Die Erderwärmung schreitet voran...“

Die DKP sieht die Ursachen für diese ökonomischen und sozialen Entwicklungen, für die Verschlechterung vieler natürlicher Lebensbedingungen in der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung, dem Kapitalismus.

Wie der Redner nachwies, haben die börsennotierten europäischen und US-amerikanischen Unternehmen in 2004 so viel verdient wie nie zuvor. Dieses Jahr werden die Gewinne wohl weiter steigen. Durch längere Arbeitszeit, Reallohnabbau und Entlassungen wollen die Konzerne den Profit in die Höhe treiben. Viele konkrete Zahlen wurden dafür genannt.

Die Armut betraf 2003 schon 13,5 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Nach der offiziellen Statistik sind über 5 Millionen ar-



beitslos, real sind es über 7 Millionen Menschen, welche direkt betroffen sind. Die Kinderarmut erfasst heute allein in der Bundesrepublik mehr als eine Million Kinder.

Die DKP geht von der Notwendigkeit aus, diese Rechtsentwicklung (und damit meint sie Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau!) zu stoppen und einen Politikwechsel durchzusetzen. Eine vom Parteitag beschlossene „Politische Erklärung“ gibt dafür die Richtung an. Das neue Parteiprogramm wird derzeit erarbeitet, es soll anschließend in der Partei breit diskutiert und dann von der 2. Tagung des Parteitages Ende 2005 / Anfang 2006 beschlossen werden.

Gäste von 18 Parteien

Der DKP-Parteitag hat auch international großes Interesse geweckt. So kamen am Vortag des Kongresses die Vertreterinnen und Vertreter von 18 kommunistischen Parteien in der Duisburger Rheinhausenhalle zusammen. Sie diskutierten über den gemeinsamen Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau sowie Schritte gegen die imperialistische Kriegspolitik.

Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr, der die Gäste aus Europa, Asien und Amerika begrüßte, sprach sich in seinem einleitenden Beitrag für die Bildung eines Netzwerks der europäischen kommunistischen Parteien aus. Er hob hervor, dass nach dem Zusammenbruch und der Zerschlagung des realen Sozialismus jene Kräfte neu definiert werden müssen, welche mit durchsetzungsfähigen Kampfformen Veränderungen erreichen können. Die entscheidende Kraft bleibe die internationale Arbeiterbewegung.



Nur fünf Tage nach dem Parteitag kam der DKP-Vorsitzende ins Saarland, und auf einer Aktivtagung über die Auswertung des Kongresses zu diskutieren. Doch zuvor traf sich Heinz Stehr (Bildmitte, am Kopfende des Tisches) mit der Püttlinger Stadtratsfraktion. Er informierte sich dabei über Probleme der Ratsarbeit, gab interessante Ratschläge und berichtete aus erster Hand über Ablauf und Ergebnisse des 17. Parteitages der DKP.



Mitten im Verbindungsweg, der von der Straße In der Humes zum Friedhof führt, steht ein Pfosten (Foto), welcher derzeit die Gemüter erregt. Denn außerhalb der Geschäftszeiten der Gärtnerei Scherz versperrt dieses Hindernis die Zufahrt zur Friedhofshalle. Die DKP hat sich diesbezüglich an den Bürgermeister gewandt und um Abhilfe gebeten.

Warum etwas unnötig komplizieren?

Bitte einmal an ältere Mitbürger und Gehbehinderte denken!

Bei dem genannten Verbindungsweg handelt es sich um ein öffentlich genutztes Straßenstück, das vor allem für ältere und behinderte Friedhofsbesucher wichtig ist. Über diesen Weg können sie mit dem Auto bis kurz vor die Friedhofshalle fahren oder sich dorthin bringen lassen, wenn sie ihre Verstorbenen noch ein letztes Mal sehen und geziemend Abschied nehmen wollen. Leider ist das aber nicht jederzeit möglich, weil außerhalb der Geschäftszeit der Gärtnerei ein Pfosten die Zufahrt verhindert. Das trifft z.B. auf den späten Samstagnachmittag und sonntags zu. Nach unserer Meinung ist es jedoch unzumutbar, dass ältere und behinderte Menschen dann den (ansteigenden!) Weg zum Friedhof zu Fuß gehen oder unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen.

Nach Angaben der Stadtverwaltung wurde der Pfosten installiert, um das unbefugte Befahren des Friedhofes zu verhindern. Dafür hätten die Betroffenen vollstes Verständnis, wenn diese

Durchfahrtsperre unmittelbar am Eingang zum Friedhof angebracht worden wäre. Dann könnten auch die Älteren und Behinderten mit ihrem Fahrzeug ohne Probleme bis zum Parkplatz neben der Friedhofsmauer fahren, um schon nach wenigen Schritten die Eingangshalle zu erreichen.

Um den derzeitigen Ärger aus der Welt zu schaffen, sollte die Stadt den fraglichen Pfosten unverzüglich entfernen und weiter oben im Eingangsbereich neu installieren. Dann ist die ungehinderte Benutzung des Weges möglich, ohne dass es zu mißbräuchlichem Befahren des Friedhofgeländes kommt.

Im Übrigen könnte durch entsprechende Beschilderung darauf hingewiesen werden, dass Parken auf dem Verbindungsweg zum Friedhof nicht zulässig ist, denn längeres Parken in diesem Bereich sollte möglichst unterbunden werden.

Die DKP hofft, dass die Stadtverwaltung schon bald eine zufrieden stellende Lösung veranlasst.

Kurz und knapp

Verjüngung bei der DKP ist angesagt. Das wurde auch beim diesjährigen Seniorenfasching im Trimmtreff deutlich. **Edith Albert** nahm als unsere Vertreterin daran teil, wurde jedoch bei der Begrüßung übersehen. Kein Beinbruch. Dennoch wird man sich daran gewöhnen müssen, dass die DKP nicht nur von Franz Hertel, sondern immer öfter von jüngeren KollegInnen vertreten wird.



*

Einen Tag der offenen Tür veranstaltete kürzlich der Verein „Aussiedler im Köllertal“ in den Räumen des Unternehmerzentrums (UZP), um über Arbeit und Probleme dieser Integrationsstelle zu informieren. Für die DKP-Vertretung nahm **Ingrid Kuhn** teil, die von ihrem Ehepartner, der auch unserer Fraktion angehört, begleitet wurde.

*

Die Lenkungsgruppe Kriminalitätsbeirat trat diese Woche nach längerer Zeit wieder einmal zusammen. **Fritz Kuhn** ist für die DKP in dieser Arbeitsgruppe, die über wichtige Fragen der öffentlichen Ordnung diskutiert und dem Stadtrat entsprechende Beschlußvorschläge unterbreitet.



Wünsche? Fragen? Anregungen?

Wir sind erreichbar!
Bitte schreiben oder anrufen:

DKP-Fraktion:

Franz Hertel, Geisbergstraße 12
66346 Püttlingen, Tel. 6 54 17

Dr. Luitwin Bies spricht über das Leben von Jakob Scharl:

Wer war das, welche Rolle spielten er und seine Genossen?

Vor hundert Jahren wurde Jakob Scharl geboren. Ältere werden sich noch erinnern, an den hageren älteren Mann mit dem stets freundlichen Lächeln im Gesicht, immer gerne bereit, sich über politische Fragen zu unterhalten. Niemals hat er dabei aus seiner kommunistischen Gesinnung einen Hehl gemacht. Leider wissen jüngere Leute kaum noch etwas über diesen Antifaschisten, der 1935 Püttlingen verlassen musste, um sich vor den Nazis in Sicherheit zu bringen. Jetzt soll an ihn erinnert werden.

Als Jakob Scharl mit 75 Jahren starb, ging ein opferreiches Leben zu Ende, welches im Januar 1905 in Amberg-Oberpfalz begonnen hatte. Mit 19 Jahren verließ er seine Heimat und kam 1924 ins Saarland, wo er zunächst Arbeit auf der Völklinger Hütte fand, später arbeitete er bei verschiedenen Bauunternehmen, beim Straßenbau auf der Ritterstraße und beim Bahnoberbau an der Strecke Völklingen-Bous, später fand er einen Arbeitsplatz auf der Grube Viktoria, wo er bis zur Schließung der Anlage 1963 beschäftigt war.

1925 trat Jakob Scharl der Gewerkschaft bei, noch im gleichen Jahr wurde er Mitglied der KPD. Auch während der Naziherrschaft blieb er standhaft. Als die Saar 1935 dem Hitlerfaschismus ausgeliefert wurde, musste Jakob mit seiner Familie nach Südfrankreich emigrieren, 1946 kam er nach Püttlingen zurück. Erneut setzte er sich für seine Partei ein, war in der VVN aktiv.

Stets leistete Jakob Scharl aktive Kleinarbeit für die kommunistische Idee, was durch das KPD-Verbot nicht gerade er-

leichtert wurde. Ganz klar, dass er bei der Neukonstituierung der DKP in Püttlingen sofort dabei war, auch bei der Stadtratswahl kandidierte und bis an sein Lebensende im Gruppenvorstand mitwirkte.

In diesem Jahr gibt es drei wichtige Gedenktage, die alle etwas auch mit dem Wirken von Jakob Scharl zu tun haben: Der **13. Januar**: 70. Jahrestag der Saarabstimmung 1935; der **8. Mai**: 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Jahre 1945; und der **23. Oktober**: 50. Jahrestag der Volksabstimmung von 1955.

Ausgehend von diesen Daten wird der bekannte Historiker Dr. Luitwin Bies einen weiten Bogen schlagen, um sich in seinem Festvortrag mit vielen Facetten aus dem Leben des Kommunisten Jakob Scharl zu beschäftigen.

Dabei bemüht sich der Redner auch die Frage zu beantworten, warum die Entwicklung in Deutschland in den 30er Jahren nicht anders verlaufen ist, weshalb der Faschismus nicht gestoppt werden konnte. Angesichts des Wieder-



auflebens von neofaschistischem Gedankengut und des Einzugs von Nazi-Vertretern in den Völklinger Stadtrat sowie in die sächsischen und brandenburgischen Landesparlamente hat diese Betrachtung aktuelle Bedeutung.

Doch es geht nicht nur um den Antifaschisten Jakob Scharl. Auch dessen Mitkämpfer werden eine Rolle spielen. **Noch einmal wird Dr. Luitwin Bies solche Menschen wie Jakob Kurtz, Jakob Nalbach, Rudolf und Josef Koch, Ernst Pistorius und etliche sozialdemokratische Antifaschisten in Erinnerung rufen.** Wichtige Seiten der Vergangenheit werden als lebendige Geschichte wieder auferstehen.

DKP auf dem 17. Parteitag:

Können uns Kapitalismus nicht mehr leisten

Die DKP fordert die sofortige Abrüstung, sofortige Kürzung des Rüstungshaushaltes um mindestens zehn Prozent. Keine Beschaffung neuer Waffensysteme. Allein der Verzicht darauf spart rund 31 Milliarden Euro. Das entspricht in etwa dem Jahresbudget der Weltgesundheitsorganisation.

Die DKP fordert die sofortige Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Herabsetzung der Erbschaftssteuer für Großverdiener, Mindeststeuer für Unternehmensgewinne. Die Unternehmenssteuerreform brachte es mit sich, dass heute die Raucher über die Tabaksteuer weit mehr zur Finanzierung des Staates beitragen als alle Konzerne und kleineren Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) zusammen.

Diese Forderungen müssen durchgesetzt werden, denn wir können uns den Kapitalismus nicht mehr leisten.

Einladung in Uhrmachers Haus:

Erinnerung an Jakob Scharl

Gedächtnisveranstaltung zum Wirken
des zu seinen Lebzeiten bekannten Kommunisten
und Antifaschisten in unserer Stadt

Was uns das Leben von Jakob Scharl & Freunden heute zu vermitteln hat

**Ein Vortrag von Dr. Luitwin Bies, Völklingen
mit Möglichkeit zu Fragen und Diskussion**

**Sonntag 20. März 2005, 15.00 Uhr
Uhrmachers Haus, Engelfanger Str. 3, in Köllerbach**

Viele Informationen bei Kaffee und Kuchen! Eintritt frei.